Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr 4 — Redaktion: Helene Hanna Cohn, München.



Nummer 5 **München / 4. Jahrgang** **2. Februar 1917**

Das Erwachen des Judentums.

Niemals hat sich das Leidensschicksal des Judentums in so erschütternder Weise offenbart wie jetzt, zur Zeit des Weltkrieges. Wie ein in tausend Atome zerfetzter Körper erscheint es, dessen einzelne Glieder versprengt sind unter die Völker der Erde und nur dazu bestimmt scheinen, von Mächten, an deren Entstehen und Walten es selbst keinen Anteil hat, hilflos umhergewirbelt und vernichtet zu werden. Und von allen den Hoffnungen, die sich zu Beginn des Völkerringens regen wollten, den Hoffnungen auf eine Lösung aller nationalen Probleme und damit auch des jüdischen Problems — in tiefem Schmerz ahnen wir es heute — von ihnen wird sich möglicherweise nicht eine einzige erfüllen.

Wenn aber der Krieg zu Ende geht, und weder in Rußland noch im näheren Osten noch in Palästina dem jüdischen Volke Möglichkeiten zur normalen, gesunden Entwicklung erblüht sein werden, während sich in Westeuropa und Amerika die Gegensätze nur verschärft haben werden — was dann? Aus welcher Quelle sollen dann die Scharen von Hoffnungslosen und Entwurzelten den Mut schöpfen, sich weiter und womöglich noch inniger dem Judentum, dessen Bürde so unerträglich schwer auf jedem einzelnen lastet, anzuschließen?

Es ist von unschätzbarer Bedeutung, daß zu einer Zeit, da diese Fragen des Juden Inneres zerwühlen, ein zum Reden Berufener gekommen ist und uns gezeigt hat, daß gerade in diesen letzten Jahren, die zum Untergang des jüdischen Volkes hinzuleiten schienen, Kräfte erblüht sind, die mitten im Werk der äußeren Zerstörung das Judentum zu einer Wiedergeburt, einer neuen Epoche seiner inneren Entwicklung führen.

In Heft 17 der von Maximilian Harden herausgegebenen „Zukunft“ berichtet der Prager Dichter Max Brod über „Die dritte Phase des Zionismus“, in der er die von Hunderttausenden ersehnte „Heimkehr zum Judentum“, und zwar den Weg von der Theorie zur lebendigen Tat sieht.

Max Brod geht in seiner Würdigung der drei Phasen des Zionismus von dem Satze aus: „Zionismus ist die aktive Einstellung des jüdischen Volkes als eines sein Schicksal selbstbestimmenden Faktors in die Weltgeschichte“ und verfolgt nun die drei Entwicklungsstufen, die der Zionismus zurückgelegt hat.

„Die erste Phase rechnet man vom Auftreten Theodor Herzls (Erscheinen des „Judenstaates“ 1896) bis 1908. Es ist der politische Zionismus, charakterisiert durch den Aufruf zur Selbstbesinnung, durch organisatorische und diplomatische Arbeit. Herzl verwarf jede kolonisatorische Kleinarbeit in Palästina vor Erlangung des „Charters“, einer öffentlich-rechtlichen Garantie für die neue Stellung. Die zweite Gruppe (1908 bis in die jüngste Zeit) läßt neben politischen Bemühungen die „Gegenwartsarbeit“, praktische Kleinkolonisation in Palästina treten. Die dritte Phase, die meiner Ansicht nach in unseren Tagen beginnt, stellt neben die älteren Ideale die Forderung rascher sozialer und kultureller Volksarbeit im Galuth.“

Die erste Entwicklungsphase, die des Herzlschen Zionismus wird gekennzeichnet durch den Versuch, die ökonomische und soziale Frage durch ein großzügiges „Transportunternehmen“ zu beantworten, während von jüdischer Geisteskultur noch keine Rede ist. Bezüglich der zweiten Phase, in der die Kleinkolonisation einsetzte, herrscht vielfach die Anschauung, daß sie einen Übergang vom Herzlschen Gedanken zum Achad Haamismus bedeute, einen Übergang von dem Ideal einer Befreiung der jüdischen Massen aus dem Galuth zu demjenigen eines „geistigen Zentrums“ in Palästina, das zwar nicht die ökonomische und soziale, wohl aber die kulturelle Judennot aufzuheben bestimmt ist. Dieser Anschauung tritt Brod entgegen: durch Achad Haam ist der Herzlsche Zionismus vertieft, vergeistigt worden, aber seine Richtung aufs Ganze, auf die schließliche Befreiung des Gesamtjudentums konnte er trotzdem niemals aufgeben. Aber in einem ganz anderen Sinne als dem des jähen „Transportunternehmens“, das wir heute als gescheiterten Lösungsversuch erkennen müssen, sieht Brod die Befreiung des jüdischen Volkes von Palästina ausgehen:

„Der Zionismus darf meiner festen Überzeugung nach niemals seine Richtung aufs Ganze aufgeben. Deshalb sind auch die Siedlungen in Palästina nur als Teile einer weitausgreifenden sozialen Bewegung gedacht. Die Idee der Bodenreform . . . will nicht nur als Basis einer jüdischen Sprachkultur im Sinn des Hebraismus, sondern auch als Basis einer in sich selbst wertvollen jüdisch-ethischen materiellen Entwicklung betrachtet sein.“ Die jüdische Wirtschaft in Palästina muß also ihre eignen sozialen Ideale aufstellen! Durch sie wird den Massen in Palästina desto mehr Platz geschaffen werden.

Bezeichnend für die durch diese Einsicht gekennzeichnete dritte Phase des Zionismus ist die sich durchringende Überzeugung, daß der Zionismus nicht die kleine Palästinagruppe allein umfassen, sondern „durch Neuschöpfungen im jüdischen Geist auf dem Gebiet sozialer Vereinheit-

lichung, auf dem Gebiet des Gottesdienstes, der Erziehung, der Geselligkeit, der Jugendbewegung, Berufswahl, Volksgesundheit, Presse, Literatur, Sexualreform die Erlösung aller Juden bringen muß, indem sie die Juden „schon in der Diaspora zu einer auf das Größte, auf Zion eingestellten menschlichen Stufe emporsteigen“ läßt.

Mit noch einfacheren Worten: in der dritten Phase des Zionismus tritt neben die Kleinkolonisation in Palästina die intensive Galutharbeit, die energisch gewollte „Heimkehr zum Judentum vor der Rückkehr in das Judenland“.

Freilich erhebt sich hier — Brod hat diesen Punkt in seinem Aufsatz zurückgestellt — die Frage, wie weit eine Höherentwicklung des jüdischen Menschen unter den herrschenden ökonomischen und sozialen Bedingungen, bezw. eine Änderung dieser Bedingungen ohne Aufhebung des unmoralen Zustandes einer Verstreuung des Judentums unter die Fremdvölker möglich ist. Denn wir dürfen ja nicht vergessen, daß der gesamte Zionismus auf der Überzeugung beruht: ein Volk, das in der Diaspora lebt, muß in seiner Gesunderhaltung und Höherentwicklung gehemmt werden.

Aber selbst wenn wir nur an eine Besserung der Judennot im Galuth glauben, ergeben sich uns aus Brods Folgerungen drei Forderungen.

Die erste Forderung richtet sich an den einzelnen Zionisten und lautet: Arbeit an der Vervollkommnung des eignen Wesens, an der Erfüllung des Selbst mit jüdischem Wissen und Empfinden!

Die zweite Forderung richtet sich an diejenigen, die zu Leitern und Verwaltern der zionistischen Organisation bestellt wurden und heißt: Mitarbeit der zionistischen Organisation überall dort, wo die äußere und innere Existenz des Judentums bedroht erscheint, wo es gilt, Massen oder Einzelne, die in Gefahr stehen, von der Not des Galuth zermalmt zu werden, dem Judentum zu erhalten!

Die dritte Forderung richtet sich an jene, die bisher dem Zionismus fernstanden, entweder weil sie nicht an die „praktische“ Ausführbarkeit der Besiedlung Palästinas glaubten, oder weil sie im Zionismus eine der jüdischen Lehre widerstrebende Irrlehre sahen. Ihnen ruft der Zionismus in dem Sinne wie ihn Max Brod deutet, zu: wollt ihr abseits stehen, wenn es gilt, die Seele des jüdischen Volkes neu zu wecken, sie mit neuem Judentum zu erfüllen? wollt ihr abseits stehen, wenn man sich bemüht, die soziale und ökonomische Not des jüdischen Volkes zu lindern — im Namen des Zionismus, der in seiner letzten, höchsten Vollendung gleichbedeutend ist mit dem seit Jahrtausenden ersehnten messianischen Reiche?

Die assimilierten Nathannaturen.

Schmoller hat daneben gehauen — Schmoller wills nicht gewesen sein. Aus einer Kritik des bekannten Buches von Hugo Preuß, durch das ein erfrischender Hauch von Freiheit und Gleichheit weht, wurde ein böser Angriff auf eine zunächst unbeteiligte Menschenklasse; das war nicht gerecht Herr Geheimrat. Aus einer Auseinandersetzung mit fremden politischen Ideen und Idealen wurde statt einer exakten Widerlegung der gegnerischen Argumente eine Polemik, die die Grundlagen verschob und mit Schlagworten, die auf gewisse Leute immer Eindruck machen, den Kernpunkt des Preuß'schen Gedankengangs verschleierte: das war nicht wissenschaftlich, Herr Professor. Aus einer sachlichen Bekämpfung des politischen Gegners, des mißliebigen Kollegen ward ein nicht mißzuverstehender Seitenhieb auf die jüdischen Professoren, die sich so lästig breit machen; und das war nicht fein, Exzellenz. Über solche Angriffe hätten wir uns nicht gewundert, wenn sie, sagen wir einmal, von Diederich Hahn gekommen wären. Aber der große Schmoller?

Dem Herrn Geheimrat wurde es selbst nicht recht geheuer. Der „Sturm des Unwillens“ in der Presse und in den „Bergen von Briefen und Zuschriften“ wird ihn als aufrechten Gelehrten sicher nicht beeinflußt haben, um extra populäre Saiten aufzuziehen. Eher dürften ihm der Jubel bei den antisemitischen Blättern und die Zustimmungserklärungen, die ihm zu teil wurden, plötzlich mit einem gewissen Schauder des Reinlichkeitsgefühls gezeigt haben, in welche Gesellschaft er da geraten war. Und alsbald ertönt wieder seine Stimme: aber so war es ja gar nicht gemeint; — Es waren ja nur „einige ganz harmlose Bemerkungen“. Es war ja nicht die eigene Ansicht, sondern eigentlich mehr das, was „viele Leute fänden“. Und außerdem haben gewiß die „kurzen, nicht ganz zutreffenden und einseitigen Notizen“ über Schmollers erste Auslassung erst so wirklich die Verwirrung angerichtet.

Ich kann mir nicht helfen, mein Respekt vor dem Gelehrten Schmoller hatte mich bisher verhindert, ihm solche Entschuldigungen zuzutrauen, in deren Folge er nun nach einem „objektiven historischen Urteil“ über die Judenfrage tastet. Der ursprünglich behauptete unheimliche Einfluß der Juden, ihre Sucht sich Macht anzueignen und sie auszunützen, auszunützen vor allem auch gegen Andersgläubige, verkriecht sich nunmehr hinter breiten Ausführungen über Assimilation und Assimilanten zu dem mit Wenn's und Aber's flankierten Konditionalsatz: „die Neigung der Juden . . . zu benachteiligen, ist noch so mannigfach vorhanden daß . . . kurz gesagt, der Antisemitismus bei uns noch nicht so weit verschwinden konnte, wie in Westeuropa.“ Man sieht nunmehr ein starkes Bestreben, nicht etwa die allgemeinen Anschuldigungen des früheren Artikels mit Beweisen zu belegen, als vielmehr das Nochvorhandensein von Antisemitismus in Deutschland historisch und psychologisch zu erklären und als entschuldbar und verständlich darzustellen. Die Assimilation der Juden ist das erforderliche und es gibt eben doch noch viele zurückgebliebene Untugenden und Fehler; das Volk, der „Fernstehende“ beurteilt die Dinge eben äußerlicher; hätten wir nur „Nathannaturen“ — es gäbe keine Judenfrage mehr, aber es sind auch noch Shylocknaturen darunter. Freilich, „ganz ebenso ist es auf christlicher Seite“. Aber, tut

nichts, der Jude wird verbrannt — vom Volk natürlich, nicht vom Herrn Geheimrat Schmoller, der als Wissender sicher ist, daß „vor 100 Jahren das meiste, was die besten Männer auf beiden Seiten heute beklagen, beseitigt oder so gemildert ist, wie wir es wünschen müssen". Das klingt schon wesentlich anders und weniger meinungsstolz. Aber der Widersprüche sind wahrlich noch mehr als sich mit dem Namen Schmoller irgend verträgt.

Nicht wahr: geschichtlich kann man wohl zugeben, daß den Juden jede andere Entwicklung abgeschnitten war, ethisch aber darf man trotzdem die Berechtigung dieser Entwicklung leugnen.

Nicht wahr: Assimilation ist notwendig. Aber es ist wenn nicht weise, so doch verständlich, ja selbst im Interesse der Juden gelegen, ihnen die Gleichberechtigung zu versagen. Fördert ein Ausnahmerecht wirklich die Verschmelzung oder bewirkt es das Gegenteil?

Nicht wahr: die Assimilierung ist in Frankreich und England — den Ländern der Gleichberechtigung — viel leichter gewesen, als in Deutschland, wo sie durch „Judenhetzen der geschäftlich von der Judenkonkurrenz Getroffenen" immer wieder gehindert wurde. Und in Rußland: hier ist sie noch geringer entwickelt — und der Staat schließt die Juden noch mehr künstlich ab.

Nicht wahr: das westdeutsche, assimilierte Judentum (am besten das durch Mischehen verschmolzene) ist eine glückliche Zugabe zur germanischen Rasse". Man kann aber gleichzeitig gerade jene Elemente fördern oder bevorzugen, die sich durch rein äußerliche Taufe um persönlicher Vorteile willen als charakterlos erweisen.

Die Nathannaturen, Herr Geheimrat, sind es doch schließlich wirklich nicht, die sich taufen lassen; nicht einmal die sich assimilieren in Ihrem Sinne. Jene geläuterten Charaktere auf der Menschheit Höhen finden sich aus allen Religionen und allen Lagern zusammen in der Idee des Guten und Schönen. Sie gleichen sich dem Menschheitsideal an, aber nicht der äußeren Umgebung. Sonst hätte Nathan Muhammedaner werden müssen. Wer lacht da nicht?

Was heißt denn dann aber überhaupt Assimilation. Man kann die Judenfrage als reine Religionsfrage auffassen; so wie es viele scheinbar tun: diese suchen die besten Elemente des Judentums unter den glaubenstreuen Juden und verurteilen die verwaschenen, laxen, denen sie Mangel an moralischem Halt vorwerfen, und gar die charakterlosen, die sich taufen lassen. Man kann sie auffassen als reine Rassenfrage: dann kann nichts sie beseitigen als rascheste Assimilation unter Aufgabe des Glaubens: die „verderblichen" Elemente sind in diesem Falle die glaubenstreuen, verbohrten, der sie umgebenden Kultur unzulänglichen.

Aus dem Glauben kann einer austreten, aus einer Rasse nicht. Heißt nun assimilieren: den Glauben ablegen, er bedeutet das für die Glaubensleute eine Verschlimmerung, für die Rassenleute einen Versuch mit untauglichen Mitteln. Heißt es aber lediglich Anpassung an die Lebensgewohnheiten der Nebenmenschen, so bleibt wenigstens eines der Hauptunterscheidungsmittel, die Religionszugehörigkeit, unberührt — und die Hetze geht weiter. Tatsache ist ja doch, daß man den Juden nicht als Menschen schlechtweg nach seinem guten oder schlechten Eigenschaften eingeschätzt, sondern nach dem, wie er sich in der Rubrik „Religion" bezeichnet. Indem nun Schmoller z. B. in der Frage des Reserveleutnants tatsächlich die Religionszugehörigkeit entscheiden läßt, spricht er einer Glaubensassimilation das Wort, von deren minder charakterfesten berechnenden Elementen er gewiß weniger Verbesserung der germanischen Rasse erwarten kann, als von denen, die das Hauptmerkmal Religion nicht wie ein Hemd abgestreift haben.

In Wirklichkeit ist's doch so: wer auf Ehre, auf Überzeugungstreue hält, kann sich gar nicht vollständig assimilieren — und unterscheide er sich äußerlich noch so wenig von den übrigen Deutschen.

Damit ist aber der circulos vitiosus geschlossen. Nein, nein, nicht künstlich Schranken errichten: es fehlt an der Harmlosigkeit der Auffassung, an dem Willen, den Menschen nach dem zu beurteilen was er ist, statt wie er heißt. Der aufrechte Mensch glaubt nicht an den sittlichen Ernst von Forderungen, die im Nachsatze das aufheben, was sie im Vordersatze aufstellen, die von anderen das als Ideal preisen — Aufgabe der berechtigten Eigenart, der Religion —, was sie selbst als elend und gemein weit von sich weisen.

Noch eines: wenn Assimilation alles Heil bedeutet: sollte dem Historiker Schmoller nicht die Tatsache genug sagen, daß sich eine geistig hervorragende Judenheit trotz aller Drangsale, Gefahren und wahnsinnigen Verfolgungen erhalten hat; sollte diese Tatsache nicht zeigen, daß etwas gutes, erhaltenswertes daran ist an dem vielgeschmähten? Alles was ist, ist vernünftig, sagt ein noch Größerer als Schmoller. Wäre es nicht gerechter, objektiver und wissenschaftlicher, diese Tatsachen zu nehmen wie sie sind, nicht wie sie gewisse Schichten des Volkes sehen wollen, weil mans ihnen so vormacht. Und müßte nicht auch hier die Forderung sein: freie Bahn dem Tüchtigen, deren Negierung eine Assimilation der äußeren Formen am allerersten aufhält.

„In älteren Zeiten", Herr Professor, waren Ihre Äußerungen achtunggebietender.

Dr. Fred H. Seligmann.

Der Bayerische Versorgungsverband.

Eines der wichtigsten Probleme, mit dem sich isr. Gemeindeverbände und die Vereinigungen isr. Lehrer seit Jahrzehnten beschäftigen, ist die Altersversorgung der Lehrer und Kultusbeamten und die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Gemeindeangestellten. Nur einzelne Großgemeinden konnten infolge der günstigen Lage ihrer Finanzen diese wichtige Gemeindeaufgabe in befriedigender Weise lösen, auch für die Lehrer, welche an

jüdischen Volksschulen wirken, ist die Pensions- und Reliktenfürsorge durch staatliche Kassen geregelt. Schlimm ist dagegen die Lage der Lehrer und Kultusbeamten in den Klein- und Mittelgemeinden. 77 Prozent der bayerischen Religionslehrer und fast alle Kultusbeamte waren ohne jeden Rechtsanspruch auf Pension im Falle der Dienstunfähigkeit. Die Gründung einer Zentralkasse scheiterte, ebenso die Bemühungen zur Revision des Judenedikts — und damit alle Hoffnungen, die Lasten, welche für die notleidenden Klein- und Mittelgemeinden unerträglich wären, auf die kräftigen Schultern der jüdischen Allgemeinheit zu verteilen.

Der Krieg mit seinen schweren Nöten, welche die mit sehr kleinen festen Bezügen angestellten Kultusbeamten besonders hart empfinden, raubte jede Aussicht, daß Zukunftsaufgaben in Angriff genommen werden könnten, da die Gegenwart so schwer lastete. Da kam von staatlicher Seite eine Hilfe in der Not: Die Gründung des Bayerischen Versorgungsverbandes gibt den israelitischen Kultusgemeinden die Möglichkeit, ohne große Belastung die Zukunft ihrer Beamten zu sichern. Keine Gemeinde säume mit ihrem Beitritt, denn der Bayerische Versorgungsverband bildet auch eine soziale Fürsorge für die Beamten der isr. Kultusgemeinden, gemeinnütziger Vereine und Anstalten. Unterm 15. Juli 1916 ist für Bayern ein neues Gemeindebeamtengesetz in Kraft getreten, dessen wichtigste Bestimmungen neben der Regelung der Dienst- und Gehaltsverhältnisse der Gemeindebeamten deren Versetzung in den Ruhestand und die Fürsorge für die Hinterbliebenen ordnen. Die hierher gehörigen Bestimmungen sind zusammengefaßt in der amtlich aufgestellten „Mustersatzung" (veröffentlicht im Amtsblatt der K. Staatsministerien des K. Hauses und des Äußern und des Innern Nr. 10 vom 28. Juli 1916; ein Sonderabdruck hiervon, ebenso die Nr. 12 des gleichen Amtsblattes vom 16. August desselben Jahres, welche die Satzungen des Versorgungsverbandes enthält, sind durch die Post zu beziehen).

Bezüglich des Ruhegehalts und der Hinterbliebenenbezüge bestimmt die Mustersatzung: Der berufsmäßige Gemeindebeamte erhält bei Versetzung in den Ruhestand nach Vollendung der ersten 10 Dienstjahre 35 Proz., vom 11. bis 20. Dienstjahre je weitere 2 Proz. per Jahr, vom 21. Dienstjahre an jährlich 1 Proz. mehr bis zum Höchstbetrage von 75 Proz. des Gehalts. Das Witwengeld beträgt 40 Proz. des Ruhegehalts des Ehemannes. Das Waisengeld für ein Kind, dessen Mutter noch lebt, beträgt ein Fünftel des Witwengeldes, für ein Kind, dessen Mutter nicht mehr lebt, ein Drittel des Witwengeldes. Das Waisengeld endet mit Vollendung des 21. Lebensjahres.

Da die Übernahme einer solchen weitgehenden Fürsorge den einzelnen Gemeinden nicht zugemutet werden konnte, hat die K. Staatsregierung unter dem Namen „Bayerischer Versorgungsverband" eine Körperschaft des öffentlichen Rechts errichtet mit dem Zwecke gegenseitiger Ausgleichung der Kosten, die den Mitgliedern durch die Versorgung von Angestellten mit ihren Hinterbliebenen erwachsen. Der Versorgungsverband erhält vom Staate jährlich einen jeweils durch das Finanzgesetz festzustellenden Zuschuß und wird von der K. Versicherungskammer verwaltet.

Mitgliedschaft bei dem Versorgungsverband: Außer den politischen Gemeinden werden auch israelitische Kultusgemeinden, israelitische gemeinnützige Anstalten und Vereine zur Teilnahme zugelassen, wenn sie versorgungsberechtigte Angestellte haben. Nur die Gemeinden oder Anstalten, nicht die einzelnen Angestellten können die Mitgliedschaft erwerben.

Der Versorgungsverband trägt im Versorgungsfalle neun Zehntel des Ruhegehalts und der Hinterbliebenenbezüge nach Maßgabe der Mustersatzung.

Der Versorgungsverband erhebt zur Bestreitung seiner Verpflichtungen von allen seinen Mitgliedern eine jährliche Umlage, zu welcher die einzelnen Mitglieder nach Maßgabe des im betreffenden Jahre festgestellten Diensteinkommens der versicherten Angestellten herangezogen werden. Diese Umlage ist für das laufende Jahr auf 5 Proz. festgesetzt.

Bisher waren die Beamten der isr. Kultusgemeinden im allgemeinen zur Reichsversicherung für Angestellte und in den meisten Fällen auch zur Invaliditätsversicherung beitragspflichtig. Die Leistungen der genannten Versicherungen im Falle der Dienstunfähigkeit oder für die Hinterbliebenen sind bekanntermaßen unzureichend. Der Versorgungsverband bietet demgegenüber, wie die Mustersatzung ausweist, eine weit höhere und angemessene Versorgung. Da die Angestelltenversicherung allein schon ungefähr 8 Proz. des Einkommens als Beitrag erhebt, so bedeutet der Beitritt zum Bayerischen Versorgungsverband durchaus keine höhere Belastung der Kultusgemeinden, eher eine finanzielle Ersparnis; denn es ist von autoritativer Seite erklärt worden, daß, wenn auch die Frage der Zugehörigkeit zur Reichsversicherung augenblicklich noch nicht entschieden ist, sie doch unzweifelhaft dahin entschieden werden wird, daß die Zugehörigkeit zum Bayerischen Versorgungsverband die Befreiung von der Beitragspflicht zur Reichsversicherung für Angestellte und zur Invaliditätsversicherung nach sich zieht, voraussichtlich sogar von der Zeit der Errichtung des Bayerischen Versorgungsverbandes an gerechnet. Die bisher eingezahlten Beiträge sind nicht verloren, sondern können gerettet werden durch freiwillige Fortsetzung der Versicherung, sodaß ein Erlöschen der Anwartschaft vermieden wird (s. Ziff. 6 der Bekanntmachung Nr. 30968 im Ministerialblatt für Kirchen- und Schulangelegenheiten Nr. 23 v. J. 1916). Es besteht ferner die Bestimmung, daß ab 1. August 1914 bestehende Pensionsverpflichtungen vom Versicherungsverband übernommen werden, wenn die Kultusgemeinde sofort beitritt (§ 29 der Mustersatzung). Wie wir vernehmen, haben bereits 20 Kultusgemeinden ihren Beitritt zum Versorgungsverband angemeldet.

Über die Voraussetzungen, welche die Kultus-

gemeinden usw. zu erfüllen haben, um dem Versorgungsverband beitreten zu können gibt das Ministerialblatt f. K.- und Sch.-A. Nr. 23 vom 29. Dezember 1916, das sich im besonderen auch an die isr. Kultusgemeinden wendet, Aufschluß. In einer ordnungsgemäß einzuberufenden Gemeindeversammlung ist Beschluß zu fassen und protokollarisch aufzunehmen:

1. Die Kultusgemeinde beschließt, sich als Mitglied des für Gemeindebeamte gegründeten Bayer. Versorgungsverbandes anzumelden, damit dieser nach Maßgabe seiner Satzungen die treffenden Leistungen zur Versorgung der Inhaber der für versorgungsberechtigt erklärten Stellen oder von deren Hinterbliebenen übernimmt.

2. Die Kultusgemeinde benennt die Dienststelle, deren Inhaber eine Versorgung eingeräumt werden soll (Religionslehrer Kantor, Schochet, Kultusdiener).

3. Die Kultusgemeinde bezeichnet zahlenmäßig das jährliche Gesamteinkommen jeder zu versichernden Dienststelle. Dieses Einkommen ist zu berechnen sowohl aus dem festen Gehalt als aus den mit der Stelle verbundenen Nebenbezügen. Diese sind aus dem Jahresdurchschnitt von 3 bis 5 aufeinander folgenden Jahren zu berechnen. Es können selbstredend nur Gefälle aus den amtlichen Beziehungen in Betracht kommen (Schächtgelder, Schiurim, Privatunterricht, auch freiwillige Gaben), nicht aber Einkommensteile aus geschäftlichen Unternehmungen, Agenturen usw.

4. Die Kultusgemeinde gibt die Dienstjahre an. Als Dienstjahre gelten alle im Dienste bayerischer Gemeinden und Anstalten verbrachten Jahre des Stelleninhabers, z. B.

1 Jahr Schulpraktikant in X (1904—5),
3 Jahre Religionslehrer in Y (1905—8,
8 Jahre Religionslehrer und Schochet in Z (1908—16),

also 12 Dienstjahre. Es ist auch der Tag zu bezeichnen, von welchem ab die Dienstzeit des Beamten sich berechnet (z. B. für den obigen Musterfall der 18. Januar 1904).

5. Die Kultusgemeinde muß ausdrücklich erklären, nach welcher Norm die Kultusgemeinde sich zur Leistung einer Versorgung des Stelleninhaber verpflichtet.

Das Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten empfiehlt zu diesem Zwecke beschlußfähig auszusprechen, daß „für den Inhalt dieser Verpflichtungen die Bestimmungen der Abschnitte IV—VII der Mustersatzung zur Regelung der Dienst- und Gehaltsverhältnisse der Gemeindebeamten unverändert maßgebend sein sollen" (vergl. Amtsblatt des St.-M. d. Äußern u. d. Innern 1916 Nr. 10 S. 123 ff.).

Beim Gesuch um Aufnahme in den Versorgungsverband ist eine Eingabe, welche obige Beschlüsse (Ziff. 1—5) enthält, grundsätzlich nicht unmittelbar an die K. Versicherungskammer, Abteilung für Gemeindeversicherung, einzureichen, sondern ausnahmslos der vorgesetzten Aufsichtsbehörde (Bezirksamt, Stadtmagistrat, Kreisregierung) vorzulegen. Diesen obliegt die Prüfung der Beschlußbuchauszüge und die Übermittlung an die K. Versicherungskammer.

Das Beitrittsgesuch muß bei der vorgesetzten Behörde so bald wie möglich eingereicht werden, damit dieselbe allenfallsige Verhandlungen so fördern kann, daß die Anmeldung bis spätestens 31. März d. J. an die K. Versicherungskammer eingesandt werden kann. Eine verspätete Anmeldung ist für die betreffende Gemeinde mit gewaltigen finanziellen Nachteilen verbunden, weil dann für jedes nach dem 21. Lebensjahr zurückgelegte Dienstjahr der Umlagensatz um je ein Zwanzigstel erhöht wird. Beispiel: Für einen Beamten, der im 61. Lebensjahre steht, ist bei sofortigem Beitritt nicht mehr als die regelmäßige Umlage, z. Zt. 5 Proz. zu bezahlen; bei verspätetem Beitritt erhöht sich der Umlagensatz um 40 × ein Zwanzigstel = 2 volle Teile: für ihn wäre also statt 5 Proz. ein Beitrag von 15 Proz. zu leisten. Ein weiterer Vorteil bei sofortigem Beitritt ist bereits oben erwähnt (§ 29 der Mustersatzung).

Literatur. Das Amtsblatt der K. Staatsministerien des K. Hauses und des Äußern und des Innern Nr. 10 vom 28. Juli 1916 und Nr. 12 vom 16. August 1916. Ministerialblatt für Kirchen- und Schulangelegenheiten Nr. 23 vom 29. Dezember 1916. (Diese Blätter sind durch die Post zu beziehen.) Frank Bayerische Gemeindeordnung (durch die Buchhandlung).

Jahresversammlung der Warschauer Zionisten.

Die Versammlung fand am 11. Januar im Beisein des Mitgliedes des E. A. C. Dr. Arthur Hantke statt. Mehr als 1000 Personen nahmen teil an ihr. Nach den Berichten über das Budget und die Hilfstätigkeit wandten sich die Verhandlungen hauptsächlich der politischen Arbeit in Polen zu. Hiezu führte Herr Nissenbaum aus:

Schon vor Ausbruch des Krieges befaßten sich die Zionisten mit der politischen Arbeit. Es wurde ein politischer Klub ins Leben gerufen, an dem auch nationale Nichtzionisten teilnahmen. Die Grundlagen dieser Politik waren: Kampf gegen die Assimilation, Verständigung mit den Polen und Verteidigung unserer nationalen Interessen. Diese Prinzipien — erklärte der Redner — blieben dem Waad bis jetzt unerschüttert. Die Situation verlangte später die Vereinigung aller jüdischen Parteien, und der Waad hat diese Pflicht der Stunde erfüllt. Die jüdische Öffentlichkeit begrüßte diese Vereinigung. Das war durchaus keine „Verquickung mit den Assimilanten" und kein „Verzicht auf unsere nationalen Forderungen", wie es dem Waad vorgeworfen wird. Als die polnischen bürgerlichen Parteien sich in einem Block zusammenschlossen, konnte keine jüdische bür-

Randleiste aus stilisierten hebräischen Buchstaben.



Dieses Klischee stammt ebenso wie die beiden von uns verwandten Galvanos in Nr. 2 von der ungar.-jüdischen Kunstzeitschrift „Mult es Jövö"

gerliche Partei es wagen, sich der Bildung eines Blockes entgegenzustellen. Die zionistischen Kandidaten blieben dem erwähnten zionistisch-politischen Programm treu. In ihrem letzten Stadium nahmen aber die Wahlen eine vollständig chaotische Form an. Es muß aber konstatiert werden, daß auch weiterhin die zionistischen Ratsmänner ihre Prinzipien nicht vergaßen und die nationalen Forderungen formulierten. Im Zusammenhang mit der neugeschaffenen politischen Lage beschlossen die Zionisten zu verlangen: 1. eine würdige Repräsentation der Juden in allen kommunalen und Staatseinrichtungen und 2. eine selbständige Verwaltung für alle inneren jüdischen Angelegenheiten. Unter langanhaltendem Beifall erklärte zum Schluß der Berichterstatter, daß die zionistischen Ratsmänner aus der sog. „Vereinigung" ausgetreten sind und eine selbständige zionistische Fraktion im Stadtrat gebildet haben, die sich die Verteidigung der erwähnten Forderungen zur Aufgabe machen wird.

Nach lebhaften Auseinandersetzungen über die Haltung des Waad wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

„In Kenntnisnahme des Berichts des „Waad haironi" und der geübten Kritik und in der Anerkennung, daß das Komitee trotz mancher taktischen Fehler bezüglich seiner politischen Tätigkeit immer fest auf dem Boden des Zionismus gestanden ist, drückt die Versammlung dem „Waad" ihr Vertrauen aus, anerkennt seine gegenwärtigen Bemühungen, eine vereinigte nationale Vertretung zu schaffen, und wünscht, das neugewählte Komitee möge auf diesem Gebiete eine verstärkte Tätigkeit entfalten und die Palästinaarbeit erweitern."

Außerdem wurden folgende Anträge angenommen:

1. Die rein zionistische Tätigkeit zu erweitern und zu befestigen;
2. die jüdischen bürgerlichen nationalen und religiösen Rechte mit Mut und gebührender nationaler Selbstwürde zu verteidigen;
3. mit der größten Energie auf dem Gebiete der Volksnationalisierung und der Vereinigung aller jüdischen nationalen Gruppen und Richtungen zur gemeinsamen, nationalen Arbeit zu wirken;
4. einen entschlossenen Kampf gegen die Assimilation auf allen Gebieten des jüdischen Lebens zu führen;
5. dafür zu sorgen, daß die orthodoxen und unparteiischen Volksschichten für die jüdische nationale Arbeit gewonnen werden;
6. die zionistische und nationale Arbeit im Geiste der Demokratie zu führen und sich um die Gewinnung der Sympathien der weiten jüdischen Volksmassen zu bemühen, und
7. die energische, positive Arbeit für die Förderung der hebräischen Sprache und der nationalen Kultur fortsetzend, habe sich das Komitee vor jeder Stellungnahme zu hüten, die bezüglich der jidischen Sprache und jidischen Schule als negativ betrachtet werden könnte.

Die Debatte über den Bericht des „Waad" eröffnete der Vertreter der Jugendorganisation „Merkas", Herr Sokolka. Die Hauptarbeiten, von denen der Bericht spricht, sind — der Meinung des Redners nach — nicht vom „Waad haironi", sondern von den Einzelvereinen, insbesondere von den Jugendorganisationen ausgegangen, für die übrigens der „Waad" wenig Interesse an den Tag gelegt hatte. Diese Untätigkeit des „Waad" trug dazu bei, daß die politische Initiative die nichtzionistischen Elemente übernommen haben. Der Redner sprach von der Unordnung im Schulkuratorium, dem nicht kollegialen Verhältnis der Kuratoren zu den Lehrern und kritisierte die Wahlpolitik des „Waad". Mit den Assimilanten sei es unmöglich, eine Vereinigung zu schließen. Eine solche „Vereinigung" bleibe eine Fiktion, die die öffentliche Meinung täuscht. Diese unrichtige Politik des „Waad", dieses Streben nach Einigung um jeden Preis, führte zur Bildung der „Volksgruppe", die übrigens auch bloß eine Fiktion ist. Der Redner versicherte aber, daß trotz aller dieser Fehler die zionistische Jugend noch immer bereit ist, eine Leitung zu unterstützen, die eine klare, ausgesprochen zionistische und würdige Politik führen wird.

Frauenarbeit in Palästina.

Der Verband jüdischer Frauen für Kulturarbeit in Palästina richtet folgenden Aufruf an seine Freunde:

Der Verband jüdischer Frauen für Kulturarbeit in Palästina sieht sich genötigt, die Delegierten der Zionistischen Vereinigung für Deutschland auf die kritische Lage aufmerksam zu machen, in der sich die landwirtschaftliche Mädchenfarm in Kinereth befindet. Es war dem Verband gelungen, seine Institutionen durch das erste Kriegsjahr ohne jede Hilfe von außen zu erhalten, trotzdem der Krieg ihn von der Verbindung mit einer großen Masse seiner Mitglieder glatt abgeschnitten hatte. Im zweiten Kriegsjahr aber spitzten sich die Verhältnisse so zu, daß eine Aktion für die Farm in die Wege geleitet werden mußte. Das Resultat erlaubte, — wenn es auch nicht groß war, — das weitere Durchhalten bis zum jetzigen Zeitpunkt. Der Krieg geht aber weiter und die Verhältnisse in Palästina gestalten sich immer schwieriger und kostspieliger. Wenn keine Hilfe von außen kommt, wird sich der Verband genötigt sehen, seine Farm zu schließen. Brauchen wir auf die Bedeutung der Farm hinzuweisen? — So beschränkt der Rahmen auch ist, in dem sie arbeitet, so bescheiden ihre Einrichtung und so verbesserungsbedürftig das Ganze, so hat sie doch schon in der kurzen Zeit ihrer Existenz so segensreich gewirkt, daß ihr Verschwinden eine große Lücke hinterlassen würde. Was Frauenarbeit in der Landwirtschaft bedeutet, hat uns der Krieg am deutlichsten gezeigt, und auch in Palästina waren es die Schülerinnen der Farm, die in dieser schweren Zeit viel beim Gemüsebau und der Gartenarbeit in den Kolonien geholfen haben. Herr Agronom Oettinger hat bereits vor dem Kriege in einem Bericht hervorgehoben, wie erzieherisch schon die bloße Existenz der Farm auf die umliegenden Kolonien wirkt, wie in ihrer Nähe größere Sauberkeit, größere Abwechslung in der Ernährung, rationelleres Wirtschaften bemerkbar wird. Und gerade jetzt, wo die Institution besondere Bedeutung gewinnt, wo ihre Schülerinnen von den Kolonien für Hilfsarbeit gesucht werden, stehen wir vor der Gefahr ihrer gänzlichen Auflösung.

Bereits der 10. Kongreß hat in einer Resolution die Erwartung ausgesprochen, daß der J. N. F. insbesondere auch Unternehmungen fördern wird, die sich die Ausbildung der Frauen für die Landwirtschaft zum Zwecke machen. (X. Kongreß-

bericht.) Der J. N. F. hat leider eine entsprechende Eingabe des Verbandes während der Kriegszeit abgelehnt. Wir sind trotz der schwierigen Lage, in der wir uns befinden, weit entfernt, ihm in der jetzigen Zeit, die erhöhte Anforderungen an ihn stellt, daraus einen Vorwurf zu machen. Wir halten es aber für die ernste Pflicht jedes Zionisten, für die Erhaltung der Farm zu sorgen, und soweit es in seinen Kräften steht, sie zu fördern. Unsere Farm ist leider nur eine Einzelerscheinung. — Palästina braucht ein ganzes Netz solcher Frauen-Lehrfarmen, nach dem Ausspruch des Herrn Direktor Auhagen, — umsomehr Anspruch hat sie darauf, vor dem Untergang gerettet zu werden. Es ist eine kleine Zelle, aus der sich später einmal ein großer, gesunder Organismus entwickeln kann. Trotz aller Mängel und Unvollkommenheiten, die ihr anhangen, und die bei einer Institution, die sich aus kleinen kümmerlichen Anfängen entwickeln mußte, unvermeidlich sind. Geht diese Zelle zu Grunde, werden Jahre und Jahre vergehen, ehe ein neuer Aufbau unternommen werden kann. Und alle die Mühe, die sie bis jetzt gekostet, die hingebungsvolle Arbeit der Leiterin, Frau Maisel-Schochat, die viele kostbare Frauenkraft, die sie geweckt und gebildet hat, das alles geht mit ihr zu Grunde und ist umsonst gewesen.

Deshalb bitten wir: sorgt dafür, daß eure Frauen, Schwestern und Töchter uns zu Hilfe kommen! Wir beabsichtigen einen Aufruf in der Presse zu erlassen und Rundschreiben an alle Freunde Palästinas zu versenden, um sie zur Mitarbeit aufzufordern. Jede Gabe ist herzlich willkommen. Und je schneller die Hilfe kommt, um so wertvoller ist sie uns! —

Mit ganz vorzüglicher Hochachtung

Verband Jüdischer Frauen für Kulturarbeit in Palästina.

Frau Professor Warburg, Vorsitzende,

Frau Betty Leszynsky, Frau Sonia Gronemann, Schriftführerinnen.

Spenden sind zu richten an das Bankhaus A. H. Heymann & Co., Berlin, Postscheckkonto Nr. 7645, für den Jüdischen Frauenverband.

Welt-Echo

Welt-Kaisertum und Plutokraten. Der „Hammer“ schreibt in einem seiner seherischen Artikel: Wäre Deutschland wirklich von dem Wahnwitz befallen, nach dem Muster Englands ein Welt-Kaisertum aufzurichten, so würden wir verstehen, wenn es nicht nur von dem in seiner Gebieter-Herrlichkeit bedrohten England, sondern auch von anderen Nationen bekämpft würde. Solche Gedanken sind aber bei uns nur das Steckenpferd einer kleinen Clique von Plutokraten und mit ihnen versippter Kreise. Das deutsche Volk hat mit ihnen nichts gemein. Freilich verfügt jene Sippe — wie in England, so auch bei uns — über eine verbreitete Presse, über Banken und Börsen und über mancherlei Mittel zur Beeinflussung und Irreführung der öffentlichen Meinung.

Wer mögen wohl diese Presse-, Bank- und Börsen-Plutokraten sein, die ein Welt-Kaisertum erstreben? Der „Hammer“ rede deutsch.

Eine Kriegs-Kommission für rituelle Lebensmittel. Die besonderen Schwierigkeiten, die den rituell lebenden Juden aus vielen notwendigen behördlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung derzeit erwachsen, haben seit zwei Jahren zu mannigfachen Beschwerden, Verhandlungen und Anträgen geführt, die von den Behörden im Lande, wie an der Zentralstelle überall wohlwollend geprüft und nach bestem Ermessen von Fall zu Fall beschieden werden. Um für die Folge im Interesse aller Beteiligten einer unzweckmäßigen Zersplitterung und Kraftverschwendung auch auf diesem Gebiete zu begegnen, ist auf Grund der von orthodox-jüdischer Seite gegebenen Anregungen eine Kriegskommission für rituelle Lebensmittel mit dem Sitze in Berlin, Friedrichstraße 79 a ins Leben gerufen worden. Der Kommission gehören Vertreter der vornehmlich beteiligten behördlichen Stellen, technische Sachverständige und Vertreter der rituell lebenden jüdischen Kreise an, sodaß eine sachgemäße Behandlung der einschlägigen Fragen erwartet werden darf.

Die Kommission hat zunächst versucht, die Frage der Fettversorgung für die rituell lebende Bevölkerung in befriedigenderer Weise zu lösen, als dies bisher möglich war. Nähere Mitteilungen hierüber werden in Kürze erfolgen.

Polnische Stimmen. Vom Polenklub des österreichischen Reichsrats wurde folgender Beschluß angenommen:

„Wenngleich es dem Polenklub fernliegt, der österreichischen Regierung eine antisemitische Politik zu empfehlen, so ist er doch der Meinung, daß in der gegenwärtigen von Rußland eingeführten Haltung gegenüber den Juden keine Wandlung eintreten solle. Die polnische Bevölkerung, die an die grausame Behandlung der Juden gewöhnt ist, würde eine Änderung der jetzigen Verhältnisse als einen freundlichen Akt gegen die Juden ansehen und, Vergleiche mit den früheren Verhältnissen ziehend, die österreichische Herrschaft als ihnen unfreundlich gesinnt betrachten. Dieses könnte von den Antisemiten als ein Vorwand zur Anstiftung von Pogromen benützt werden.“

Also alles aus Fürsorge für die Juden selbst!

Die Judenbehandlung seitens der Lubliner Stadtmiliz veranlaßte, wie eine Reihe von Zeitungen berichtet, die jüdischen Ratsmänner, folgende Interpellation dem Lubliner Stadtrat zu überreichen: „1. Ist es dem Magistrat bekannt, daß die Stadtmiliz beim Verhören von Juden, die des Diebstahls und ähnlicher Vergehen verdächtig sind, ungesetzliche und unmenschliche Mittel und Marterwerkzeuge gebraucht und sie fast zu Krüppeln macht? 2. Was gedenkt der Magistrat zu

In Erfüllung seiner Pflicht fand unser liebes und treues Mitglied

Herr Rechtsanwalt

Dr. Alb. Theilheimer

den Heldentod.

Ein dauerndes Gedenken in unseren Reihen ist ihm gesichert.

Zionistische Ortsgruppe München

tun, um eine Wiederholung solcher schändlichen, die Verwaltung in Mißkredit bringenden Untaten der Stadtbeamten zu verhindern?" Der Magistrat gab hierauf die Antwort, daß diese Angelegenheit dem österreichischen Kriegsministerium übergeben worden sei.

Die Wahlen in Lodz. Gewarnt durch die schlimmen Erfahrungen der Juden in anderen polnischen Städten, hat das Gros der jüdischen Bevölkerung in Lodz es vermieden, mit den Polen und Assimilanten zu paktieren. Zionistische und nationale Elemente, denen sich schließlich die Handwerker anschlossen, vereinigten sich zu einem „Zentralen jüdischen Wahlkomité", während die Neo-Assimilanten ein besonderes Komité bildeten und die extremen Assimilanten sich den nicht-jüdischen Parteien anschlossen. In der Kurie der Arbeiter standen sich die zionistische Arbeiterpartei „Poale Zion" und der national-sozialistische „Bund" als Konkurrenten gegenüber. Durch den Zusammenhalt der nationalen Kreise erlangten diese den Sieg über Assimilanten und Polen. Von den 50 Ratsmännern der 5 ersten Kurien sind 9 Deutsche, 13 Polen und 28 Juden, von denen nur 2 zu den extremen Assimilanten und 2 zu den Neo-Assimilanten gehören. Eine besondere jüdische Fraktion im Stadtrat soll künftig die Rechte der Juden vertreten. In der 6. Kurie wurden 3 Juden gewählt, darunter 2 Poale-Zionisten.

Semstwo und Judenfrage. Wie „Rjetsch" mitteilt, haben die parlamentarischen Fraktionen kürzlich die Frage der Zulassung der Juden zu den Semstwos beraten. Im Schoße des Fortschrittlichen Blocks nahm besonders die nationalistische Fraktion lebhaften Anteil an dieser Beratung. Das Kadettenblatt bemerkt dazu, auffallenderweise haben sich die Vertreter der Ukraine u. Weißrußlands, auch die Bauern, für die Zulassung der Juden ausgesprochen; das sind aber gerade die Vertreter der Gebiete, in denen die Juden wohnberechtigt sind, und vermutlich einen erheblichen Einfluß in den Semstwos erlangen würden. Die Vertreter der großrussischen Gouvernements, die die Mehrheit bilden, lehnten aber ausnahmslos die Zulassung der Juden ab.

Eine Petition an Wilson betreffs Übergabe Palästinas an die Juden.

Auf einer Zusammenkunft von Kirchenvorstehern in Atlantic City wurde auf Anregung des bekannten Philanthropen Blackstone eine Petition an den Präsidenten abgesandt, mit der sich jetzt das Washingtoner Ministerium des Äußern ernstlich beschäftigt. Die Petition ist von bekannten Staatsmännern, Geistlichen, Philanthropen, Kirchenvorständen usw. unterzeichnet; sie stützt sich u. a. auf die bereits im Jahre 1891 an den damaligen Präsidenten Harrison überreichte ähnliche Petition, von der auch eine Kopie beigelegt wurde und in der ersucht wird, die Regierung der Vereinigten Staaten möge bei der Zusammenkunft der Vertreter europäischer Regierungen auf einem internationalen Kongreß erwirken, daß den Juden ein rechtlich gesichertes Heim in Palästina geschaffen werde. Herr Blackstone, der diese Petition als erster unterschrieb, ist nach Ansicht des amerikanischen Zionistenführers Brandeis ein sehr ernster und einflußreicher Christ, der auch als Schöpfer der Petition vom Jahre 1891 gilt, die von Senatoren, Parlamentsabgeordneten, Schriftstellern und angesehenen Zeitungsredakteuren in Amerika unterzeichnet wurde. Den Berichten amerikanischer Zeitungen zufolge, verleiht das Washingtoner Staats-Departement dieser Petition, angesichts der bedeutenden Persönlichkeiten, von der sie unterzeichnet wurde, die gebührende Würdigung.

Ein Manifest der Solidarität. Die Konferenz des Jüdischen Volkshilfskomitees, die vom 16. bis 20. November in Boston tagte, nahm folgende Deklaration an, die in allen Zeitungen veröffentlicht wurde:

„Die in Boston versammelte nationale Konferenz des Volkshilfskomitees erklärt:

Die vom jüdischen Volke in den neutralen Ländern gesammelten Hilfsgelder sind keineswegs als Almosen, Wohltätigkeit oder Philanthropie zu betrachten; es ist nicht eine von einem einzelnen erteilte Unterstützung, sondern die natürliche und organische Anstrengung eines Teils des jüdischen Volkes für den zweiten, eine Anstrengung für die historische Selbsterhaltung und den Bestand der ganzen jüdischen Nation. Die nationale Konvention erklärt ferner, daß die für das jüdische Volk in den Kriegsländern gesammelten Hilfsgelder nicht nur zur Erhaltung der physischen Existenz, sondern auch zur Rettung des Geistes des ruinierten Volkes bestimmt sind; zur Erhaltung der jüdischen Kultur, zur Schaffung der Mittel, die dem leidenden Volke die Möglichkeit geben sollen, die heranwachsende Jugend nach den Wünschen der Juden der verschiedenen Länder zu erziehen. Die nationale Konvention erklärt ferner, daß die Hilfsaktion für die Juden in den Kriegsländern keine zeitweilige, sondern eine dauernde sein muß. Sie muß dem ruinierten Volke sowohl in den alten als auch in den neuen Siedlungen den Wiederaufbau ihrer früheren ökonomischen Positionen ermöglichen und so die Notwendigkeit der Hilfe ausschalten.

Die nationale Konferenz wendet sich mit dieser feierlichen Aufforderung an alle Juden Amerikas und erinnert sie an ihre Pflicht, sich mit ganzem Herzen der Hilfsarbeit zu widmen, für dieselbe Geld, Kraft und Begeisterung zu opfern. Insbesondere fordert die Konvention die jüdische Jugend Amerikas auf, in dieser Zeit nationalen Unglücks und nationaler Gefahr ebenso wie die Jugend anderer Nationen ihre Pflicht gegenüber ihrem Volke zu erfüllen.

Juden Amerikas! Seid eingedenk des gegenwärtigen Moments! Seid eingedenk eurer gegenwärtigen historischen Pflicht! Die Würde der amerikanischen Juden und die Tragik des gegenwärtigen Augenblicks verlangen von uns die größten Opfer und feste Eintracht für die Selbsterhaltung und Erneuerung unseres Volkes."

Amerikanische Vereinigung rumänischer Juden. Am 31. Dezember vereinigten sich in New York 280 Delegierte der rumänischen Juden in den Vereinigten Staaten, Kuba und Kanada zu einer Sitzung. Die neu geschaffene Vereinigung wird für die Gleichberechtigung der Juden in Rumänien arbeiten und gleichzeitig die Interessen der rumänischen Juden in Amerika und Kanada wahrnehmen. Ferner will sie dem Joint Distribution Committee Hilfsgelder für die durch den Krieg notleidenden Juden zuführen.

Eine jüdische Gemeinde in Barcelona. Mehr als vier Jahrhunderte nach der Vertreibung der Juden aus Spanien ist nun in Barcelona eine neue jüdische Gemeinde entstanden. Dr. Yahuda, der

vor nicht langer Zeit als Professor der hebräischen Literatur an die Universität Madrid berufen wurde, ist es gelungen, diese Gemeinde zu schaffen, die von den Behörden gesetzlich anerkannt wurde. Dr. Yahuda bemüht sich, nun auch für eine jüdische Gemeinde in Madrid die Genehmigung der Regierung zu erhalten. Von der Gemeinde in Bayonne hat er ein Sefer Thora erhalten, das 1492 von den vertriebenen Juden dorthin mitgenommen wurde und wahrscheinlich aus der spanischen Stadt Vittoria stammte. Übrigens erzählt Dr. Yahuda die interessante Tatsache, daß noch in der Mitte des vorigen Jahrhunderts jüdische Familien in Bayonne Schlüssel zu den Häusern ihrer Vorfahren in Vittoria besaßen und diese wie Heiligtümer bewahrten.

Feuilleton

Der Scheidebrief.

Ein Akt in drei Bildern.

Von Scholem-Alechem.

Aus dem Jüdischen.

(Fortsetzung.)

Zweites Bild.

Das Zimmer wie im ersten Bild.

1. Szene.

Ruben-Hersch. Reb Scholom-Schadchen. (Ruben Hersch über ein Buch gebeugt, sichtbar sehr aufgeregt. R'Scholom-Schadchen blickt ihm in die Augen.)

R'Scholom-Schadchen: Was seid Ihr so aufgeregt, was? So was geschieht schon, so was. Eure Tochter ist nicht die erste. Ihr fürchtet, sie wird keinen anderen kriegen, wird keinen? Brody ist noch nicht ausgestorben, Brody!

Ruben-Hersch: Was redet Ihr? Wem wollt Ihr was aufbinden? Motel ist eine Perle, ein selten zu findendes Kind, ich soll so leben, ein seltenes!

R'Scholom-Schadchen: Nun, wer sagt denn das, wer? Er ist gewiß ein ganz guter, junger Mann, ist er; aber wahrscheinlich ist er für sie kein beschertes Paar, wahrscheinlich.

Ruben-Hersch: Kein beschertes, sagt Ihr? Warum? Was fehlt ihm? Ich frage Euch, R'Scholom, wodurch ist das Paar nicht gut? Im Gegenteil, sagt Ihr selbst! (rückt an ihn nahe heran.)

R'Scholom-Schadchen (rückt von ihm ab): Was weiß ich, was? Gott paart Paare, paart er, was kann ein Mensch wissen, was?

Ruben-Hersch (packt R'Scholom am Rock und schüttelt ihn): Gott paart Paare, sagt Ihr? Ihr könnt mir sowas sagen? Ihr wisset doch was sich da tut und wollt mich narren? Mich?

R'Scholom-Schadchen (reißt sich los): Laßt mich in Ruh', laßt mich! Was geht's mich an, was? Muß ich in fremde Tasche kriechen, muß ich? Ich weiß nichts, ich! . .

Ruben-Hersch (auf- und abgehend): Oh, wie Ihr's wisset! Ihr wisset ganz genau von meiner Plage, von meiner Marter! Ihr stellt Euch nur so, als ob Ihr nicht wisset.

R'Scholom-Schadchen: Ja, aber was geht's mich an, was? Man hat mich rufen lassen, hat mich, bin ich gekommen, bin ich; man sagt — Scheidung soll sein Scheidung — soll sein! . . .

Ruben-Hersch (bleibt stehen): Scheidung, sagt ihr? —

R'Scholom-Schadchen (kaltblütig): Nun ja, versteht sich — Scheidung.

Ruben-Hersch (schlägt mit der Faust auf den Tisch): Ich will keine Scheidung! Ihr hört, Reb Scholom? Ich will keine Scheidung! Ich will's nicht? Hört Ihr oder hört Ihr nicht?

R'Scholom-Schadchen: Ich höre, ich höre; warum sollte ich nicht hören, warum? „Sie" will aber, „sie"!

Ruben-Hersch: Was für „sie"? Wer ist „sie"?

R'Scholom-Schadchen: Ich meine Sara-Chantzi, mein' ich; Euere Sara-Chantzi, Euere! . . .

Ruben-Hersch: Sara-Chantzi? Nun, und wo bin ich?

R'Scholom-Schadchen (trommelt auf dem Tisch): Das weiß ich nicht, das!

Ruben-Hersch: Was heißt, Ihr wißt nicht? Ich soll so was bei mir im Hause zulassen? Ein solcher Frevel ist ja unerhört. Man soll zwei Kinder, zwei liebe Kinder, die ein Herz und eine Seele sind, gar plötzlich ohne weiteres auseinanderreißen, sie scheiden lassen, ihr Glück für immer brechen? Wofür? Wozu? Für wessen Sünden? (schüttelt R'Scholom.)

R'Scholom-Schadchen (sich losreißend): Was hab ich verschuldet, was? Was wollt Ihr von mir, was?

Ruben-Hersch (mit Wärme): Ein solches Juwel! So ein junger Mann! Nun, und ich soll da zusehen und schweigen? Ha? Was denkt Ihr Euch? Ich bin doch ein Vater! Ich bin doch der Vater! Ich hab' auch was dreinzureden — ja oder nein? Ha? Ich soll zulassen, daß man mein Kind zum Opfer bringt? Und wo bin „ich"? Ich frage Euch, R'Scholom, wo bin ich? (will wieder R'Scholom am Rock packen.)

R'Scholom-Schadchen (abrückend): Ihr habt Recht! Was wahr ist, ist wahr, Reb Ruben-Hersch! Ihr habt gewiß Recht, habt Ihr; lasset doch etwas Schnaps und Imbiß bringen. Ich hab' noch heut' morgen nichts im Mund gehabt hab' ich. (Man bringt eine Flasche Wein und Imbiß.)

R'Scholom-Schadchen (sich einschenkend): Auf Euer Wohl, Reb Ruben-Hersch! Auf Euer Wohl! Gott soll bessere Geschäfte bescheren, soll er! Auf Euer Wohl! (Trinkt ein Glas nach dem andern.)

R'Scholom-Schadchen (wieder trinkend): Pfui, Reb Ruben-Hersch, pfui, pfui!

Ruben-Hersch (schlürft aus dem Glas): Aber gar wirklich „pfui", R'Scholom!

R'Scholom-Schadchen (trinkt): Sehr pfui, Sehr pfui!

Ruben-Hersch (schlürfend): Aber so pfui, R'Scholom, wie's nur pfui sein kann!

R'Scholom-Schadchen: Pfui, pfui, pfui, zum Krepieren pfui!

Ruben-Hersch (sentimental): Was wißt Ihr, Reb Scholom, wie pfui es ist, was Ihr vom Pfui wisset, ist nicht ein Achtel von einem Achtel, nicht ein Zehntausendstel von einem Zehntausendstel. Das ist ein solches Pfui, wie es noch keines gab, seit die Welt steht!

R'Scholom-Schadchen (betrunken, schüttelt den Kopf und lächelt): Ich weiß, Reb Ruben-Hersch! Es ist gar sehr pfui! Mir braucht Ihr nichts zu erzählen, mir. Ich hab' auch dieselbe Plage, ich; ganz dieselbe, ganz; und vielleicht gar noch ärger, vielleicht.

Ruben-Hersch: Es ist aber doch auszuhalten; nicht wie bei mir. Oh, was wisset Ihr, was wisset Ihr? Niemand weiß es, Reb Scholom! Da liegt es bei mir (zeigt mit dem Finger auf die Brust), da, tief, tief! Und wofür, und wozu? (läßt den Kopf sinken.) Schon einige und zwanzig stehe ich die Leiden aus! Etliche und zwanzig Jahre bin ich in der Hölle . . . in den sieben Höllenfeuern; auf glühendem Eisen wird mein Leib gebraten . . . Spießruten, Reb Scholom, Spießruten läßt sie mich dreimal im Tage laufen . . . Ohne Erbarmen . . . Kein gutes Wort von ihr fast seit der ersten Stunde gehört . . . Ein Spaß — einige und zwanzig Jahre! Da braucht man eine Scheidung, Reb Scholom! (sieht sich erschrocken um) da braucht man eine Scheidung!

R'Scholom-Schadchen: Gewiß Scheidung! (Schenkt sich ein.) Bei mir auch dieselbe Plage, bei mir!

(Sara-Chantzi tritt ein.)

2. Szene.

Sara-Chantzi: (kommt hastig herein, bleibt in der Mitte des Zimmers stehen, schlägt die Hände zusammen): Ruben-Hersch! Was für ein Feiertag ist bei dir heute? Gott sei mit dir, Ruben-Hersch! Du wirst ja Zeit noch genug haben, nach der Scheidung zu trinken . . . (Sieht die leere Flasche an.) Hättst etwas auch für später lassen sollen . . . Wirst noch Zeit zum Trinken haben, und Ihr auch, Reb Scholom! So Gott will, bei der zweiten Verlobung und bei der anderen Hochzeit unserer Tochter . . . Soll mir nun Gott jetzt schon mehr Glück bescheren und nicht so ein Eidaml wie Ihr mir gegeben habt, Reb Scholom! . . .

R'Scholom-Schadchen (stammelt mit der Zunge): Ich bitt' Euch, Sara-Chantzi, Ihr seid doch . . . eine . . . eine . . . ich mein wirklich', mein' ich, eine . . . eine . . . wie sagt er, eine . . . ein . . ei . . eine fromme Frau, ei . .

Sara-Chantzi (weist ihnen die Tür, sie gehen beide gesenkten Hauptes hinaus, sie folgt ihnen nach): Nun, geht schon, geht! Alles ist schon fertig! Der Rabbiner hat schon zu mir den Schuldiener geschickt. Der Scheidebrief muß schon geschrieben werden. Nun rühr' dich schon einmal mal, Ruben-Hersch, rühr' dich! Schau ihn einmal an, wie er die Füße kaum bewegt. Am hellen Tag setzt man sich gar hin saufen! (für sich) Blutigel sollen ihnen beiden ihr Blut saufen! . . . Hat sich mit diesem Prasser zusammengetan und hat aufgefressen alles, was im Schrank von Kuchen da war, Würmer sollen euch beiden den Leib fressen, süßer Gott! . . .

3. Szene.

Motel und Levi-Benjamin.

(Durch eine andere Tür eintretend.)

Motel (wirft sich auf einen Sessel nieder, schluchzt): Verfinstert ist mein Los! Weh ist mir, daß ich meiner Etel den Scheidebrief geben muß.

Levi-Benjamin (lächelnd): Was hättest du gewollt, daß Etel dir den Scheidebrief gebe?

Motel: Du lachst, nicht wahr? Du machst Spässe? Und in diesem Augenblick?

Levi-Benjamin: Wie denn? Verrückter, was klagst du, was jammerst du, wie ein Weib? Sag, sag' du selbst!

Motel: Soll ich etwa tanzen gehen!

Levi-Benjamin: Gewiß tanzen! Du wirst so eine Schwiegermutter wie Sara-Chantzi los, da kannst du gewiß tanzen gehen! Wer kennt sie nicht? Ich bin sicher, wenn du hier im Hause noch ein halbes Jahr geblieben wärest, würde dich die Schwiegermutter prügeln, wie sie deinen Schwiegervater, diesen ehrlichen Narren prügelt. Aber er ist noch ärger als sie, daß er sich so von ihr treten läßt.

Motel: Ja, du hast leicht reden. Wärest du aber an meiner Stelle, so würdest du . . .

Levi-Benjamin: Wenn ich an deiner Stelle wäre, du Strohkopf, so hätte ich schon am dritten Tage mich scheiden lassen und ein für allemal mich von diesem Joch befreit.

Motel (versonnen): Sich scheiden lassen? . . Nun, und Etel? Ach, Levi-Benjamin! Was weißt du, was weißt du, wie teuer, wie lieb sie mir ist! . . .

Levi-Benjamin (geht auf und ab): Schau' ihn einer 'mal an, wie er da Kunststücke macht! Die Liebe hat sich entflammt in ihm! Was Liebe, wer Liebe? Was hast du dir, du Narr, eingebildet? Eine schöne Liebe ist das, wenn die Mutter sie zehnmal im Tag zum Scheiden überreden kann! Auch eine Liebe! Cha, cha, cha!

Motel: Du kannst lachen, soviel du willst, aber was das Herz fühlt . . .

Levi-Benjamin: Cha, cha, cha! Was fühlt das Herz? Was? Er hat sich voll wie ein Schwamm von Romanen vollgesogen und ruft in allen Gassen: Liebe! Du willst Roman spielen, da bürdest du dir selbst allerlei Leiden und Plagen auf! Nun, du willst keine Scheidung? Ganz wie du willst! Bleib hier! Da kommt bald der Satan, deine Schwiegermutter, und wird dich neun Ellen in die Erde begraben und wird die Tochter aufreizen, daß sie dir den Scheidebrief vor die Füße wirft, und dann werdet ihr Euch umarmen und küssen, und in zwei Tagen dieselbe Geschichte, bis aus deiner Geliebten eine Art Sara-Chantzi und aus dir ein Ruben-Hersch Sara-Chantzis werden wird, ein Pantoffelmann! Ein schönes Ende! Schäm' dich! (Levi-Benjamin rückt Motel die Mütze über die Ohren.) Ein schöner junger Mann! Du bist ein Mann? Eine Frau bist du! Ein Weib! Motel das Weib! Senderl das Weib! Erinnerst du dich noch an die Figur bei Abramowitsch! Cha, cha? „Und Senderl saß auf einem Stuhl mit einem Tuch um die geschwollenen Backen und schälte Erdäpfel!" Cha, cha! . . .

Motel: Du hast leicht lachen! Du bist hineingeraten in ein Haus, wo Menschen sind, und nicht wie ich . . .

Levi-Benjamin: Da irrst du dich sehr Motel! Ich habe dir schon tausendmal gesagt, daß es dir nur so scheint. Glaub' mir, Bruder, ich leide auch genug. Nicht so wie du, aber ich esse auch keinen Honig! Ich habe gerade so Lust, hier zu stecken, in der Betschule sozusagen zu lernen, wie du zum Beispiel jetzt zum Tanzen Lust hast. Was soll ich aber tun? Wir sind ja Schwiegersöhne, Motel, wir sind Schwiegersöhne! Man hat uns als Hausschmuck für die Stube genommen, uns Weiber gegeben und gesagt: Geht, Kinder, zweimal täglich in die Schul'! Tut dort was Ihr wollt, wenn nur die Leute sagen werden, Ihr seid

feine Schwiegersöhne, seidene junge Leute! Und wir Ochsen, essen Gnadenbrot, sind Nichtstuer, Müßiggänger! Und so vergehen die Jahre! Ein Kind kommt — und das zweite! Und ich hätte vielleicht gar Lust, jetzt fern von hier zu sein, irgendwo in Odessa oder in Petersburg! Studieren . . . Eh, Bruder, nichts zu machen, Motel, wir sind beide im Netze! Mir ist etwas besser, dir ärger. Geh' nun, Narr, befreie dich, solange du noch kannst — weil später — weiß Gott . . . Komm, Motel, sei nicht dumm! . . . (Faßt ihn bei der Hand. Beide ab.)

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Personalien.

Der prakt. Arzt Dr. Emil Holzinger in Bayreuth wurde zum k. b. Sanitätsrat ernannt.

Der berühmte jüdische Mathematiker, k. b. ord. Universitätsprofessor Dr. Max Nöther in Erlangen wurde zum k. b. Geh. Hofrat ernannt.

Dr. Paul Arndt und Kunstmaler Max Obermayer in München wurden zu k. b. Professoren ernannt.

Zu k. b. Hauptlehrern wurden nachstehende jüdische Volksschullehrer ernannt: Jakob Possenheimer in Böchingen i. Pfalz, Michael Rosenstiel in Mutterstadt, Benzion Ellinger in Fürth, Moses Rüll in Nürnberg, Mart. Estenfelder in Mürsbach und Samuel Massenbacher in Niederwern.

Der k. b. Militärverdienstorden 4. Klasse mit Schwertern wurde verliehen den k. Leutnants der Reserve Paul Kamm im 11. Inf.-Regt., Friedr. Jacobsohn, Martin Springer, Heinrich Klein, Leo Schübel, Alfred Hopf, Rudolf Engel, Fritz Beer und dem Arzt Dr. Leopold Camnitzer.

Die Ortsgruppe München des „Zentral-Vereins der St. J. G." rief ihre Mitglieder am 24. Januar zu einer Besprechung zusammen. Der Vorsitzende, Dr. Baron, eröffnete die in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung nicht übermäßig stark besuchte Versammlung mit einem Nachruf auf das im vergangenen Jahre gestorbene Ausschußmitglied Schriftsteller Oppenheim, und hob dessen verdienstvolles Wirken im Interesse der Ortsgruppe rühmend hervor. Sodann erstattete er einen gedrängten Bericht über die Tätigkeit der Ortsgruppe. Aus der knappen und anspruchslosen Darstellung ergab sich das Bild außerordentlicher Regsamkeit. Mit großer Hingabe und zäher Energie wurde für die Rechte der Juden eingetreten, wo unsere Gegner sie zu beeinträchtigen suchten. Ohne sich in Kleinlichkeiten zu verlieren, ging die zielbewußte Leitung in enger Fühlung mit Berlin gegen Anfeindungen und Zurücksetzungen in Presse und Schule, im öffentlichen Leben wie im geschäftlichen Verkehr vor. Der Vorsitzende verkannte nicht, daß die schwere Zeit auch für die Juden nur verschärfte Angriffe und Verfolgungen zeitigen werde, aber er schloß mit dem Gedanken, daß wir desto energischer für staatsbürgerliche Gleichberechtigung, für ein tüchtiges Wirken innerhalb des deutschen Vaterlandes eintreten müßten. Über die Frage der „Judenzählung" und das, was der Zentralverein hier getan, berichtete Rechtsanwalt Wilh. Levinger gesondert. Er gab eine historische Darstellung der bekannten Vorgänge, die auf der ganzen Linie zu einem moralischen und sachlichen Mißerfolg der Judenfeinde führten. Er hob insbesondere auch das Eintreten der fortschrittlichen

Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstr. 4.
Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, München, Von der Tannstr. 22; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München